

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Zeitschrift 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
herg. Gebühreinsendung auf Postk. Nr. 21388 Berlin 11 502. Post-
schadamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist Freitag

Nach den Wahlen.

Die Reichstagswahlen am 5. März 1933 haben dem Kabinett Hitler-von Papen-Hugenberg eine Mehrheit von 52 Proz. aller abgegebenen Stimmen gebracht. Von den 52 Proz. der für die Regierungsparteien abgegebenen Stimmen entfallen 17,3 Millionen auf die Nationalsozialisten, 3,1 auf die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, gebildet durch die Gruppe Hugenberg-Papen-Selbke. Von den 647 Sitzen im Reichstag gehören den Nationalsozialisten 288, der Kampffront 52 an.

Die unantastbare parlamentarische Mehrheit der Regierungsparteien gibt der Reichsregierung die volle Unabhängigkeit von allen anderen Fraktionen. Das Zentrum ist — im Zahlenbilde der Mandatsverteilung — aus seiner Mittelstellung, die bei einseitiger Mehrheitsbildung die Bedeutung einer Schlüsselposition hatte, verdrängt. Um so bedeutender ist die Stellung, um so größer die Verantwortung des Zentrums in allen Fällen, in denen eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Das Zentrum hat seine Wahlziffern verhehrt. Es bekommt mit 4,4 Millionen Stimmen 73 Mandate, während es am 6. November mit 4,2 Millionen Stimmen 70 Sitze im Reichstage erwarb. Den Verlust aber, den das Zentrum seit dem 31. Juli zu beklagen hat, vermochte es nicht ganz aufzuholen; denn an diesem Tage verzeichnete es 4,6 Millionen Stimmen, die ihm 75 Mandate eintrugen. Die dem Zentrum gemessenen Erwartungen der Bayerische Volkspartei ging in der Folge der drei Reichstagswahlen ständig zurück. Sie erzielte am 31. Juli noch 22, dann 20, jetzt 19 Mandate. In Bayern selbst ist ihre Stellung härter erschüttert, nicht durch den eigenen Verlust, sondern durch ein überraschend großes Ansteigen der nationalsozialistischen Stimmen. Womit ein besonderes und eigenartiges Kapitel des Gesamtprogrammes der Politik in jüngerer Zeit berührt wird, auf das näher einzugehen wir uns jedoch verlagern können.

Die Sozialdemokratie hat ihren Bestand erhalten. Sie zählt 7,17 Millionen Stimmen gegen 7,25 Millionen am 6. November, 7,95 Millionen am 31. Juli. Sie bekommt 120 Mandate gegen 121 und 133 nach den früheren Wahlen. In Prozenten ausgedrückt, betragen ihre Stimmzahlen: 21,6 am 31. Juli, 20,4 am 6. November, 18,3 am 5. März. Setzt man die Uebermacht der Propagandamittel in Rechnung, mit der die Regierungsparteien ihren Kampf gegen die SPD. führen konnten, erinnert man sich der Zeitungs- und Versammlungsverbote, die in den Wochen des Wahlkampfes einem Hagelwetter gleich, ihre Werbung behindernd, auf die Partei niederzogen, dann ist die Erhaltung ihres Bestandes eine Leistung, die auch dem grimmigsten Gegner Achtung abnötigen sollte.

Einen Verlust von 1,1 Millionen Stimmen erlitt die KPD. Sie erhielt am 6. November 5,98, am 5. März 4,84 Millionen Stimmen; sie hatte 100 Sitze im Reichstag und bekommt 81. — Der Rest, bestehend aus der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei und dem Christlich-sozialen Volksdienst, sei nur der Vollständigkeit wegen angeführt. Die Deutsche Volkspartei wird 8, die Staatspartei 5, der Volksdienst 8 Sitze einnehmen.

Das Resultat der Wahl zum Preussischen Landtag ist von gleicher Art. Die Anteilgeber der Nationalsozialisten an der Zahl der abgegebenen Stimmen ist hier etwas niedriger als bei der Reichstagswahl, sie beträgt 43,2 Proz. Dafür erhielt jedoch die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot eine höhere Ziffer als im

Reichstag, nämlich 9,3 Proz. Mandate erhalten; die Nationalsozialisten 211, ihre Mitregenten 43. Mit 254 unter 474 Abgeordneten haben die beiden Regierungsparteien auch in Preußen eine sichere Mehrheit. Das Zentrum bekam 14,1 Proz. der Stimmen und 68 Mandate, die Sozialdemokratie 18,5 Proz. und 80 Sitze, die Kommunistische Partei 13,1 Proz. und 63 Abgeordnete.

Das Plus an Macht, das die Wähler dem Kabinett Hitler in die Hand gegeben haben, schafft eine neue Gesamtlage. Das Reichskabinett Hitler-Papen-Hugenberg gebietet im Reichstage über eine unantastbare regierungsfähige Mehrheit und kann nunmehr diese Macht vollkommen legal gebrauchen. Die Millionen von Wählern, die der Regierung das Vertrauen ausgesprochen haben, erwarten nunmehr vom

Werbe

... laise wie der Frühling kommt bei Nacht
und auch den kleinsten, ärmsten Garten jung
und froh und blühend macht ...

Gehe still zu jedem einzelnen und sage:
Einer allein kann es nicht! Auch nicht Hunderte!
Wir müssen alle mithelfen groß und klein!
Jeder in seiner Weise!

Und guter Wille ist schon halber Sieg!
Cäsar Fleischlen.

neuen Regime eine Wendung ihres Schicksals zum Besseren. Es liegt nunmehr kein Hindernis mehr vor, das so lange geheim gehaltene Programm zur Durchführung zu bringen. Die Regierung kann im Reichstage ohne Mühe und den Zeitverlust umständlicher Verhandlungen jedes Gesetz zur Annahme bringen, das keinen verfassungsändernden Charakter trägt.

Es wäre verlockend, hier eine Aufstellung aller der Versprechungen zu bringen, die die NSDAP. im Laufe der Jahre gemacht hat. Die Wähler, die im Vertrauen auf diese Versprechungen der jetzigen Regierung ihre Stimmen gegeben haben, werden sich gewiß eine Weile gebulden. Geben dann ihre Erwartungen nicht in Erfüllung, dann dürften sie bald dazu übergehen, Vergleiche anzustellen mit dem, was sie bisher hatten und dem, was sie dafür eingetauscht haben.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die man wohl als offizielles Blatt der gegenwärtigen Regierung ansprechen kann, schrieb zwei Wochen nach dem Amtsantritt der neuen Reichsregierung: „Eines Tages werden die verfügbaren Stellen besetzt, die Umzüge veranlaßt, der Siegesjubel verklungen sein. Die Lohnsätze aber wird den nämlichen mageren Inhalt keineswegs höher sein, die Armees der Arbeitslosen kann sich nur allmählich vermindern ...“

Jetzt vereinigt die Regierung, einst nur mit dem Vertrauen des Reichspräsidenten ausgerüstet, alle Faktoren in ihrer Hand, auf denen nach der Verfassung die Macht der Regierung des Reiches beruht; denn sie verfügt neben dem Vertrauen des Reichspräsidenten nun auch über ein arbeitsfähiges Parlament. Sie bedarf keiner weiteren Vollmachten, keiner Ausnahmerechte mehr. Sie kann daher auch in absehbarer Zeit in der Lage sein, sich und dem Volke den

Wunsch zu erfüllen, den der Reichkanzler Hitler gegenüber einem englischen Pressemann geäußert hat, den Wunsch, daß der kurz vor der Wahl durch die scharfen Notverordnungen und ihre drakonische Anwendung aufgehobene normale Zustand so bald wie möglich wiederkehren möge. Ein Verzicht auf Ausnahmerechte und Ausnahmegestaltung wäre eine Geste, die weithin im Volke beruhigend wirken und den zerstörenden Haß abbauen würde, der in den Parteidämpfen der letzten Jahre angespeichert worden ist. Und die Befriedung des Volkes würde, je eher sie möglich wäre, um so wirksamer, auch jene Beruhigung der gesamten politischen Sphäre herbeiführen, deren die Wirtschaft so dringend bedarf, um zu bestehen und zu gedeihen. Diese Befriedung im Innern erscheint uns zugleich als die Voraussetzung für eine tatkräftige Außenpolitik.

Die Sozialdemokratische Partei nimmt in einer Erklärung zu der neuen Situation Stellung und sagt darin u. a.:

„Die Herren haben jetzt im Reich und in Preußen die Mehrheit. Sie sind vom Reichspräsidenten ernannt und vom Volke bestätigt. Sie brauchen nur eine legale Regierung zu sein, dann sind wir ganz selbstverständlich auch eine legale Opposition. Möge sie von ihrer Mehrheit beschließen lassen, was immer im Rahmen der Verfassung beschlossen werden kann, wir werden uns auf die Rolle des sachlichen Kritikers beschränken, so lange, bis uns das Volk eines Tages zu einer anderen Rolle beruft. Durch den Sieg der Regierungsparteien ist die Möglichkeit geschaffen, streng nach der Verfassung zu regieren. Abweichungen von ihr könnten jetzt nicht mehr mit Arbeitsunfähigkeit des Parlaments oder mit Staatsnotstand begründet werden. Eine ausmeltende Anwendung des Artikels 48 ist nicht zu rechtfertigen, wo die Maschine der normalen Gesetzgebung dem Steuer der Regierung gehorcht.“

Für die Verfassung spricht heute alles: Der Eid, den der Reichspräsident und die Minister auf sie geleistet haben, aber auch Erwägungen rein politischer Natur. Nur die Verfassung bietet alle Mittel, das Volk aus der Bürgerkriegspsychose herauszuführen und zu einer normalen Entwicklung im Innern zu gelangen, die auch im Interesse der deutschen Außenpolitik notwendig ist.“

Die deutschen Gewerkschaften werden weiterhin, unabhängig von Parteien und Parteikonstellationen, ihre Pflicht erfüllen, die Pflicht, die ihnen auferlegt ist durch das Vertrauen ihrer Mitglieder, des Kerns der Arbeiterschaft. Unsere Betriebsratskonferenz am 22. Januar, der Ausgang der Betriebsratswahlen in den letzten Wochen und steigende Mitgliederzahlen zeugen davon, daß der Fundus an Vertrauen, auf dem die Kraft der Gewerkschaften beruht, unangestastet geblieben, ja im letzten Jahre den widrigsten Umständen zum Trotz neu befestigt worden ist. Und die Abkühlung umfassender Tarifverträge, wie im Baugewerbe und in der Textilindustrie, beweisen, daß die Gewerkschaften auch unter den schwierigsten Umständen ihren Dienst zum Wohle des arbeitenden Volkes versehen. Sie stehen aufrecht in den Stürmen unserer Tage. Sie leben nach ihren eigenen inneren Gesetzen, erfüllen ihre eigenen, ihrem Zweck entsprechenden Aufgaben. Getragen von dem Vertrauen der Arbeiter und Arbeiterinnen werden sie auch in Zukunft eintreten für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftspolitische Vernunft. Aber sie sind nach der folgenreicheren Entscheidung vom 5. März noch mehr als jeher auf ihre eigene Kraft allein angewiesen. Was die deutsche Arbeiterschaft an Einfluß auf die Gestaltung des sozialen Lebens durch Verluste in der Sphäre der Politik eingebüßt hat, muß sie wettmachen durch die Stärkung der Gewerkschaften.

Geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt belief sich die Zahl der bei den Arbeitssämtern gemeldeten Arbeitslosen um 45 000 niedriger als Mitte Februar. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung ging zurück auf 943 000, dagegen stieg die Befahrung der Krisenfürsorge auf 1 512 000 Hauptunterstützungsempfänger. Anerkannte Wohlfahrtsarbeiter, das heißt langfristig Erwerbslose, die weder auf die Arbeitslosenversicherung noch Krisenfürsorge Anspruch haben und ausschließlich von den Gemeinden unterhalten werden, wurden Ende Februar 1933 2 443 000 gezählt. Nicht ermittelt ist die große Zahl der Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung erhalten und daher ihren Familienangehörigen völlig zur Last fallen. Der freiwillige Arbeitsdienst zählte 195 000 Beschäftigte. Die Zahl der Wohlfahrtsarbeiter in Berlin betrug Ende Februar 348 688 gegenüber 344 812 am Ende des Vormonats. Sie hat demnach um 0,6 Prozent zugenommen.

Ist der Tiefstand der Preisschleuderei erreicht?

Die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung ist durch Vorkriegszeit und Arbeitslosigkeit derart verschlechtert worden, daß zu Anschaffungen kaum noch Mittel frei bleiben. Das wirkt sich wieder sehr stark aus auf den Absatz aller Waren, die nicht direkt zur Lebenserhaltung benötigt werden. Die verarbeitenden Industrien führen nun einen heftigen Konkurrenzkampf, um von dem geschwächten Absatzgebiet einen möglichst großen Happen zu erwischen. Dieser Wettstreit hat mit der Zeit zu derart unhaltbaren Zuständen geführt, daß sich nunmehr auch aus Fabrikantenteilen Stimmen erheben, die diese Mißstände verurteilen und zur Besserung mahnen.

Die Kofferindustrie leidet schwer unter der Preisschleuderei einiger Firmen, die sich schädigend auf das Koffergeschäft auswirkt. Zahlreiche Insolvenzen, die sich in den letzten Jahren in der Kofferindustrie ereigneten, sind nur auf eine verfehlte Preispolitik zurückzuführen, die zum Schaden der Gesamtheit — in völliger Verkennung der Situation herbeigeführt wurde.

Gegen ähnliche Mißstände in der Lederwarenindustrie wendet sich „Die Lederindustrie“, das Organ der deutschen Lederindustrie. Danach greift in der Lederwarenindustrie immer mehr die Preis- und die Lederpreise beim Einkauf zu drücken, um forcierte, Interesse erweckende Angebote auf den Markt zu bringen, die dem Absatz eine kleine Anregung versprechen. Diese Geschäftspolitik sei auf die Dauer zu gefährlich und ungesund, um von längerem, nützlichem Bestand zu sein. Ein weiterer Mißstand sei die heute in ganz Deutschland übliche Bevorzugung von Nachbetrieben. Das Erkundigte an diesem Vorgang sei, daß an diese Nachbetriebe überlebende und unerfüllbare Qualitätsversprüche gestellt würden, während das eigentliche Hauptprodukt, die Nachette, schwer verkäuflich sei.

Auch die Vereinigung der Engros-Wöbelfabriken hat unter der Rubrik: „Will die Möbelindustrie sich selbst zugrunde richten?“ einen Aufruf erlassen, der sich mit der Preisschleuderei beschäftigt, die in der

letzten Zeit in der Möbelindustrie (auch in der Polstermöbelindustrie) um sich gegriffen hat. Diese Preisschleuderei veranlasse die Konsumenten zur Zurückhaltung im Einkauf, da sie mit weiteren Preisstürzen zu rechnen habe. Im Interesse der Möbelindustrie liege es, aus dem Verluſtgeschäft herauszukommen.

Es wurde anlässlich der Leipziger Messe eine Versammlung aller Interessenten einberufen, die sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Mehrfache Bestrebungen werden von weiteren Industrien gemeldet. Von Interesse dürfte im Anschluß an diese Bewegung eine Mitteilung über den Verlauf der Leipziger Messe sein, nach der Beschlüsse einiger Industriellenverbände, ihre Preise einer Revision zu unterziehen, günstig auf das Messengeschäft eingewirkt haben. So rechnet man z. B. in der Möbelindustrie mit Preissteigerungen für die aller nächste Zeit. Das habe zur Folge, daß die Einkäufer an den beiden ersten Messetagen nennenswerte Kaufabschlüsse tätigten. Diese Vorgänge sind ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaftskrise ihren Tiefstand erreicht, teilweise schon überschritten hat. Für die Arbeiterschaft waren diese ungesunden Preisschleudereien begleitet von einem unerträglichen Druck auf die Löhne. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften sein, hier wieder erträgliche Zustände herbeizuführen.

Frühjahrsmesse Leipzig 1933.

Der Verlauf der Messe vom 5. bis zum 9. März wird in Presseberichten als „im Rahmen des Möglichen“ zufriedenstellend bezeichnet. Betreten waren 6292 Aussteller gegenüber 7710 zur Frühjahrsmesse 1932 und 9540 zur Frühjahrsmesse 1931. Im Vergleich mit der Herbstmesse, die zur Frühjahrsmesse 1925 mit rund 14 000 Ausstellern erreicht wurde, ist demnach ein Rückgang um mehr als die Hälfte eingetreten. Zur Frühjahrsmesse 1914 hatten sich 4253 Aussteller eingefunden. Die Zahl der Aussteller von Ledermaren und Kleinfabrikaten ist von 208 Ausstellern der Frühjahrsmesse 1932 diesmal auf 177 zurückgegangen.

Infolge der ungelärten innerpolitischen Lage hielten sich die Löhne anfangs in sehr bescheidenen Grenzen, später gestaltete sich das Geschäft in verschiedenen Gruppen wesentlich befriedigender. Die Auslandsaufträge sind nach einer Mitteilung des „S. T.“ im Vergleich zu den letzten Messen, die zweifellos auch schon unter handelspolitischen Schwierigkeiten zu leiden hatten, weiter zusammengeschrumpft. Das liegt nicht an den deutschen Fabrikanten, sondern ausschließlich an einer Wirtschaftspolitik, deren „Zweckmäßigkeit“ von sehr vielen Messebesuchern nicht verstanden wird. Es bildet sich vielfach der Zustand heraus, daß Aussteller und Einkäufer den Hauptwert darauf legen, auf der Messe Bekanntschaften zu machen und neue Verbindungen anzuknüpfen, und daß dann die eigentlichen Abschlüsse und Einkaufsentwicklungen erst später erfolgen. Ueber die Lederwarenindustrie liegen klare Berichte nicht vor. Hervorgehoben wird die Tendenz zum teuren, hochqualitativen Stück zur billigeren Preislage. Kombinationen von Leder mit Metall, Eisenblech und Galleth werden nach und nach, dagegen beherricht immer noch Lack, vornehmlich in schwarz und weiß die Mode. Von der Möbelmesse wird eine recht lebhaft Nachfrage gemeldet.

Ein Witz, der keiner ist.

In Harzgerode hatte ein Arbeiter für eine Hilfeleistung zwei Zigarren erhalten. Er melde den „Berdiens“ dem Arbeitsamt, von dem er Unterstützung bezog. Das Arbeitsamt betrachtete die zwei Zigarren tatsächlich als „Berdiens“ im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der von der Unterstützung in Abzug zu bringen ist. Nach rechtlicher Überlegung und förmlicher Umfrage wurde der Wert der zwei Zigarren auf 23 Pf. festgesetzt, um diesen Betrag wurde die Unterstützung des Arbeitslosen gekürzt. — So berichtet die „Vossische Zeitung“, und wer den Amtsdirektor kennt, hat keinen Zweifel an der Richtigkeit der Meldung.

Die deutschen Arbeiter wollen freie Gewerkschaften.

Als nach der Nacht des Brandes im Reichstagsgebäude am frühen Morgen auf allen Berliner Straßenseiten die Wahlaufrufe der Linksparteien überlebt und als im gleichen Augenblick alle Blätter der Linksparteien verboten wurden, wollte es der Zufall, daß die letzten Vorbereitungen für die Betriebsräteahlen in den größten Unternehmen der Stadt Berlin, d. h. in den Berliner Elektrizitäts- und Gaswerken, getroffen waren. Die Arbeiter wählten freigewerkschaftlich! Von 3320 von den Arbeitern der Elektrizitätswerte (Bewag) für den Arbeiterrat abgegebenen Stimmen entfielen 3034 auf die freien Gewerkschaften, 156 auf die kommunistische Opposition und 83 auf die Nationalsozialisten. Im Angestelltenrat wurden von 2547 Stimmen 1916 für die freien Gewerkschaften und nur 443 für die Nationalsozialisten abgegeben. Das vorläufige Ergebnis der Wahl in einigen Berliner Gaswerken weist bei 3837 abgegebenen Stimmen 2352 Stimmen für die freien Gewerkschaften und nur 161 Stimmen für die Nationalsozialisten auf!

Keine nationalsozialistische und keine andere politische Strömung wird in irgendeiner Gesellschaftsordnung verhindern, daß die Arbeiter ihre Interessen — die die freien Gewerkschaften nie jenen der Nation geopfert haben — verteidigt leben wollen, ganz wie die Unternehmer, auch wenn sie noch so nationalsozialistisch sind, für die Verteidigung ihrer Interessen sorgen. Diese Verteidigung der gerechten und angemessenen Interessen hat an sich nichts mit dem angeblich unerfülllichen Materialismus der Marxisten zu tun; sie vollzieht sich zu allen Zeiten und wird sich zu allen Zeiten vollziehen. Als nur das Bürgertum in der Lage war, seine Interessen zu verteidigen, wurden seine Einwände laut; erst als die Arbeiterschaft das gleiche zu tun vermochte, erlangte man den Ausbruch zum „unerfülllichen Materialismus“. Diese Tatsachen können durch keine Dialektik aus der Welt geschafft werden, auch wenn man die Dinge so darzustellen versucht, als ob es vor allem auch die Schuld der „Marxisten“ sei, daß die persönliche Verantwortung des Unternehmers zerstört ist, daß es Trusts und Kartelle gibt, daß die kleinen selbständigen, handwerklichen Betriebe verschwinden und die Arbeiter zu Sklaven geworden sind. Es war einzig und allein der Kapitalismus, der die oben angeordnete Entwicklung einleitete und steigerte, und es kann Marx in dieser Hinsicht lediglich vorgeworfen werden, daß er diese ganze Entwicklung vorausah.

Blutdruck.

Von Dr. med. Leo Bonnin

Nachdem durch systematische Aufklärung weiteste Volksschichten dazu angeregt worden sind, ihren Körper genau zu beobachten, zeigen sich naturgemäß auch gewisse Erscheinungen von Ueberängstlichkeit. Zu jedem Arzt kommen häufig Patienten in höchster Aufregung in die Sprechstunde, denen eigentlich gar nichts fehlt und die nur die dange Frage äußern, sie hätten das unbestimmte Gefühl, ihr Blutdruck wäre zu hoch. Meistens entspricht allerdings die genaue Untersuchung mit den entsprechenden Apparaten in keiner Weise diesen Angaben, da eine wirklich hohe Blutdrucksteigerung viel seltener ist, als man gewöhnlich annimmt. Trotzdem lohnt es sicherlich einmal, in kurzen Sätzen aufzuklären, ob der Gesundheitsgrad eines Menschen wirklich unbedingt von der Höhe seines Blutdruckes abhängt. Dieser Ansicht kann nicht beigetreten werden. Es gibt nämlich eine Gruppe von Menschen, die dauernd einen erhöhten Blutdruck haben, wie bei irgendeiner Gelegenheit zufällig festgestellt wird und die trotzdem an keinerlei organischer Erkrankung leiden. Auch ist es vollkommen abwegig, diese Leute einfach als „verfallt“ zu bezeichnen, wenn nicht andere Symptome, die nur der Arzt feststellen kann, hinzukommen. Man muß sich nämlich immer überlegen, daß der Blutdruck ja am Arm gemessen wird und daher auch viel von der Beschaffenheit der Blutgefäße des Armbereiches abhängt. Es kann also sehr wohl der Fall eintreten, daß die Arterien irgendwo besonders

stark verändert sind und die lebenswichtigen Herz-muskelgefäße nicht. Bei einem solchen Patienten sieht dann die Blutdruckkurve viel gefährlicher aus, als es dem eigentlichen Gesundheitszustand entspricht. Weiber kann natürlich auch die Sachlage gerade umgekehrt liegen. Am Herzen sind schwere Veränderungen, die jedoch nicht auf die übrigen Blutgefäße übergreifen haben, so daß der Blutdruck fast normal ist und trotzdem eine schwere Krankheit vorliegt.

Allerdings dürfen wir nun nicht etwa die Blutdruckmessung als überflüssig betrachten. Ein dauernder hoher Blutdruck in Verbindung mit anderen Krankheitsanzeichen gibt dem Arzt wertvolle Aufschlüsse. Die Voraussetzung ist nur, daß der Blutdruck wirklich bei mehreren Messungen zu hohe Werte ergibt. Es ist viel zu wenig bekannt, daß allein schon die Erregung und Aufregung, die nun einmal jeder Patient bei der ärztlichen Untersuchung hat, genügt, um die Blutdruckkurve nach oben zu treiben. Auch irgendeine andere vorhergegangene seelische Ursache kann der Grund sein. Sind jedoch all diese Erwägungen ausgeschaltet und bleibt der Blutdruck trotzdem hoch, so sind allerdings die verschiedensten Erwägungen berechtigt. Die höchsten Blutdruckwerte zeigen gewisse Nierenkrankungen. Bei ihrem Vorhandensein sind jedoch außerdem stets noch Veränderungen bei der Urnanalyse festzustellen. Es kann natürlich auch bei dauernder Blutdruckerhöhung eine Veränderung am Herzen bestehen. Es ist jedoch nicht Sinn dieser kurzen Ausführung, alle Krankheiten aufzuzählen, die mit einer

Blutdruckerhöhung einhergehen, und sollte nur darauf hingewiesen werden, daß, wie überhaupt in der ganzen Medizin, ein Krankheitsphänomen allein nie ausschlaggebend ist, sondern nur eine Berücksichtigung des gesamten Organismus, die nur der Arzt vornehmen kann. Bei dieser Gelegenheit sei auch noch darauf hingewiesen, daß auch das gefährlichste Hervortreten der Nieren am Kopf noch nicht unbedingt der Vorstufe eines Schlaganfalles zu sein braucht. Mancher hat solche Nieren schon von frühester Jugend an und erreicht trotzdem ein hohes Alter.

Am Schluß möchte ich noch bemerken, daß es unter viel gefährlicher ist, einen zu niedrigen Blutdruck zu haben, als einen zu hohen. Besonders der plötzlich einsetzende niedrige Blutdruck ist oft ein Zeichen dafür, daß der Organismus sehr geschwächt ist und zu wenig Abwehrkräfte aufbringt. Die gütige Natur hat nämlich die Blutdruckerhöhungen nicht etwa nur darum entretreten lassen, um den Menschen Sorgen zu bereiten, sondern verfolgt damit den Zweck, zum Beispiel bei daniederliegender Herzfähigkeit durch vermehrten Druck doch noch den Blutkreislauf aufrecht zu erhalten und das lebenswichtigste Blut bis in die entferntesten und kleinsten Körperstellen zu treiben.

Wir müssen also einsehen, daß der Mensch keine tote Maschine darstellt, deren Leistungsfähigkeit einfach von einem Blutdruckmessapparat mit absoluter Genauigkeit abzulesen ist, und daß es ein Unikum ist, sich lediglich deshalb das Leben noch mehr zu erschweren und zu verbittern, weil der Blutdruck einmal zu hoch befunden worden ist!

Die christlichen Gewerkschaften für sachliche Gewerkschaftsarbeit.

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, schreibt in seiner Nummer vom 3. März im Zusammenhang mit den Erklärungen des Reichslänglers Hilfer vor einer Abordnung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation u. a.:

„Am getrigen Tage empfing der Reichstanzler eine größere Abordnung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBD). Die Reichspressstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sagt dazu: „Aus dem ganzen Reich waren die Delegierten der NSBD, als Vertreter der deutschen Arbeiterkraft nach Berlin gekommen.“

Als Vertreter der deutschen Arbeiter? Das ist eine irreführende Darstellung. Das Gros der deutschen Arbeiter liegt in der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation nicht ihre Vertretung. Es ist uns auch noch nicht bekannt geworden, daß die NSBD durch Rotverordnungen als die Vertreterin der deutschen Arbeiter öffentlich proklamiert worden ist. ... Wenn sich die Arbeitnehmerkraft gegenüber dem Arbeitgeber behaupten will, dann kann das nicht durch eine noch größere Zerpfitterung der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen geschehen. Wir würden es lebhaft bedauern, wenn die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit ihren Betriebszellenorganisationen versuchen würde, unter Ausschaltung der Gewerkschaften ein faschistisches System einzuführen. Wenn von nationalsozialistischer Seite gesagt wird, Deutschland ist kein Unland, so hat das keine Richtigkeit. Deutschland ist aber auch kein Slatten.“

Welches Mietrecht gilt ab 1. April 1933?

Von B. Gramse, Berlin.

Nach der Vierten Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 sollen das Mieterchutzgesetz und Reichsmietengesetz am 31. März 1933 außer Kraft treten, falls bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz in Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des BGB über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden. Ein solches Gesetz (soziales Mietrecht) liegt bisher nicht vor, so daß Mieterchutz- und Reichsmietengesetz in der bisherigen Form auch über den 1. April 1933 hinaus Geltung behalten. Nach den Verfügungen der Regierungsvorteiler im Wohnungsausschuß des Reichslages ist auch bis auf weiteres mit der Einbringung eines Gesetzes zum sozialen Mietrecht nicht zu rechnen. Soweit Mietverträge am 31. März 1933 den Mieterchutzbestimmungen unterliegen, bleibt dieser Schutz auch über den 1. April 1933 hinaus nicht nur für die bisherigen Mieter solcher Räume, sondern auch für die nachfolgenden Mieter bestehen. Die Landesregierungen bleiben aber — wie bisher — auch nach dem 1. April 1933 das Recht, weitere Raumarten oder auch sämtliche Mieträume ganzer Gemeinden oder Gemeindebezirke von den Vorschriften des Reichsmieten- und Mieterchutzgesetzes auszunehmen.

Das Wohnungsmangelgesetz tritt hingegen auf Grund der Vierten Verordnung ohne Einschränkung am 31. März 1933 außer Kraft. Dies hat insbesondere zur Folge, daß eine behördliche Zuweisung von Wohnungen nicht mehr erfolgen kann und alle sonstigen Funktionen der Wohnungsämter auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes in Fortfall kommen. (Genehmigung von Mietverträgen, Genehmigung des Wohnungsaufbaues, Entgegennahme von Anträgen über freierwerbende Wohnungen.)

Die Beseitigung des Einzelwohnrechtes der Wohnungsämter ist eine unsoziale wohnungspolitische Maßnahme. Für wohnungsbedürftige Mieter, insbesondere minderbemittelte und kinderreiche Familien, die Gefahr dauernder Wohnungslosigkeit. Diese Entwicklung wird durch die Stilllegung des Wohnungsaufbaues noch weiterhin verschärft. Zwar haben die Gemeinde- oder Polizeibehörden nach Weggabe des Landesrechtes für die Unterbringung von obdachlosen Personen Sorge zu tragen, das heißt, sie können Antragsentwürfe auf Grund polizeirechtlicher Bestimmungen vornehmen. Diese polizeilichen Maßnahmen dürfen sich jedoch nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht darauf erstrecken, obdachlose Familien eine dauernde Wohnung zu sichern. Die polizeilichen Befugnisse erschöpfen sich vielmehr darin, obdachlose Personen für eine im voraus kurz bestimmte Zeit notdürftig unterzubringen.

Eine Verringerung dieses unhaltbaren Zustandes ist sowohl im Interesse der wohnungsbedürftigen Familien wie der Gemeinden dringend notwendig. Besonders Beachtung verdienen hierbei die Vorschläge der Mieterorganisationen auf Schaffung eines gesetzlichen Vormieterrechtes für die Gemeinden.

Eine besondere mieterrechtliche Wirkung hat die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes bezüglich der Zustimmung von Erlaßraum bei Mieteraufhebungen. Nach § 6 Abs. 6 des Mieterchutzgesetzes ist eine Zustimmung von Erlaßraum dann unzulässig,

wenn in Gemeinden oder Gemeindeflecken eine Inanspruchnahme von Räumen auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes nicht stattfindet. Durch die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes ab 1. April 1933 ist diese Möglichkeit für alle Gemeinden beseitigt, das heißt von diesem Tage ab ist die Zustimmung von Erlaßraum ohne Rücksicht auf den Mieteraufhebungsgrund nicht mehr möglich.

Die Beseitigung der Erlaßraumgewährung muß angesichts des außerordentlichen Mangels an Kleinwohnungen zu großen Härten führen. Andererseits wird die Rechtsprechung jetzt berücksichtigen müssen, daß eine Mieteraufhebung ohne Erlaßraum unter Umständen gleichbedeutend ist mit der Verurteilung zu dauernder Wohnungslosigkeit.

Die fortlaufenden, lediglich in Rücksicht auf bestimmte Interessententriebe erfolgten Lockerungen des Mieterchutzes haben in weitesten Bevölkerungskreisen ein berechtigtes Gefühl der Rechtsunsicherheit und Rechtslosigkeit erzeugt. Der völlige Mangel an preiswerten Kleinwohnungen hat die soziale Bedrängnis aufs äußerste gesteigert. Es dürfte endlich an der Zeit sein, daß der jetzige Schwerezustand durch den Erlaß des seit langem geforderten sozialen Mieterchutzes beseitigt wird.

Kolleginnen! Kollegen!

Werbi für die Betriebsrätewahlen! Wählt freigewerkschaftliche Betriebsräte!

Unfall- und Gesundheitsschutz beim freiwilligen Arbeitsdienst.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte in einer Eingabe vom 16. Dezember 1932 den Reichsarbeitsminister auf die Nachteile für Leben und Gesundheit der Arbeitsdienstwilligen hingewiesen, die insbesondere durch die schwere, meist ungewohnte Arbeit und die damit verbundenen Unfall- und Gesundheitsgefahren entstehen. Es wurde dargelegt, in erster Linie für eine bessere Kontrolle der Lager und Arbeitsstellen des FAD zu sorgen, damit die in Frage kommenden Arbeitsschutzbestimmungen rechtzeitig und vollständig zur Anwendung kommen.

Kunmehr hat der Reichsarbeitsminister in einem besonderen Rundschreiben die Reichsministerien, in deren Bereich Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt werden, das Reichsversicherungsamt, als Aufsichtsbehörde der Berufsgenossenschaften, sowie die Länderministerien, die für die Gewerbeaufsicht und für die Träger der Eigenunfallversicherung zuständig sind, auf die in der Eingabe des Bundesvorstandes erörterten Fragen hingewiesen und ihnen empfohlen, durch geeignete Maßnahmen in erhöhtem Maße für eine ausreichende Unfallverhütung und für die Durchführung der sonstigen Arbeitsschutzbestimmungen beim FAD zu sorgen.

In dem Rundschreiben wird hervorgehoben, daß nach den Ausführungsvorschriften für den FAD vom 2. August 1932 die Bestimmungen über die gewerkschaftliche Unfallversicherung im vollen Umfange auch für den FAD gelten. Demnach müssen auch die Bestimmungen über die Unfallverhütung dort Anwendung finden. Es wird eine sorgfältige Überwachung der Arbeitsstellen durch die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften zur Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften erwartet. Die Beobachtung dieser Vorschriften ist im FAD, besonders dringend, weil dort in der Hauptsache jugendliche beschäftigt werden. Die Länderministerien hatten auf die Träger der Eigenunfallversicherung (Ausführungsbehörden) und insbesondere auf die Versicherungsverbände in der gleichen Richtung einzuwirken. Soweit das Land selbst Unfallversicherungsträger des FAD ist, wird die Kontrolle der Arbeitsstellen und -lager durch die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten empfohlen. Schließlich wird noch hervorgehoben, daß nicht nur die Unfallverhütungsvorschriften, sondern auch die behördlichen Bestimmungen über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gesundheitsschutz und Arbeitsbeschränkungen für Frauen und Jugendliche zum Schutze und zur Schonung der Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeitsdienstwilligen genau innezuhalten sind.

Wesentliche Ziele verfolgt der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst in einem Erlaß vom 16. Februar 1933 an die Bezirkskommissare über ärztliche Betreuung im FAD und Einrichtungen für erste Hilfe. In geschlossenen Lagern sollen vom 1. April nur noch solche Arbeitsdienstwillige auf-

genommen werden, die sich vorher einer ärztlichen Untersuchung unterzogen haben. Durch die Untersuchung soll festgestellt werden, daß die Bewerber frei von ansteckenden Krankheiten sind und nach ihrem Gesundheitszustand und ihren Körperkräften den ihrer barrenden Arbeitsaufgaben gewachsen sein dürfen. Die Untersuchung geschieht durch Kreisärzte. Die Kosten für die Einstellungsuntersuchung ist nach Vereinbarungen mit den Vorkriegsorganisationen und den Krankenkassen auf 1 Mk. pro Kopf festgelegt. Die Hälfte davon geht zu Lasten des FAD.

Der Erlaß gibt weiter genaue Anweisungen über die laufende Überwachung der geschlossenen Lager in hygienischer Beziehung, hierfür sind die Kreisärzte (zum Beispiel Kreisärzte) zuständig. Ferner soll eine regelmäßige ärztliche Betreuung der Lagerinsassen erfolgen. Dafür sind wieder Kreisärzte vorzulegen. Es können dafür aber auch Jungärzte als Arbeitsdienstwillige herangezogen werden.

Bei der Einberufung von Lagerführern oder Anwärtern dafür sollen besondere gesundheitliche Anforderungen gelten. Die Bedingungen darüber sind vom Reichskommissar für den FAD in Kürze zu erwarten. Bis dahin gelten die allgemeinen Vorschriften über die Beibringung einer Gesundheitsbescheinigung.

Nur zur Zeit im FAD tätigen Lagerführer müssen ebenfalls sich sofort einer ärztlichen Untersuchung unterziehen.

Wirtschaftslage des Deutschen Reichs.

Uebereinstimmend bezeichnen die vorliegenden Wirtschaftsberichte die Entwicklung der letzten Wochen als uneinheitlich. Vor allem stimmen die Berichte darin überein, daß die im Dezember verzeichnete Wirtschaftsbelebung im Januar einen merklichen Rückschlag erlitten hat, der sich im Februar noch verstärkte. Selbst die deutsche Eisenindustrie, die im Monat Januar besonders gut beschäftigt war und gegenüber dem Vormonat ihre Rohleistungszugung um 11 Proz., ihre Stahlerzeugung sogar um 25 Proz. erhöhen konnte, erlitt im Februar einen Rückgang der Beschäftigung um 10 Proz. Sowohl Verbrauch wie Händler halten angesichts der ungeklärten politischen Lage mit der Aufgabe neuer Bestellungen stark zurück, um zunächst den Ausgang des Wahlschlusses abzuwarten. Auf der Börse spiegelt sich die durch die politischen Ereignisse verursachte Wirtschaftslähmung in einer ungewöhnlich niedrigen Umlaufzeit. Auch die Arbeitslosigkeit ist bis in die erste Februarhälfte weiter angestiegen. Am 15. Februar wurden von der amtlichen Statistik 6047000 Arbeitslose gemeldet, gegenüber dem Bestand von Ende Januar also eine Erhöhung um rund 33000. Nach der Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften (ADGB.) erhöhte sich die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern von 45,6 auf 46,7 Proz. des Mitgliederbestandes, während gleichzeitig die Kurzarbeit eine Zunahme von 22,2 auf 23,3 Proz. der erwerbsfähigen Mitglieder erfuhr. In den sogenannten Saisongruppen kommt mehr und mehr der Beschäftigungsgrad dem Nullpunkt nahe: von 100 Arbeitern dieser Gruppe haben nur noch 11,3 Proz. Beschäftigung, während 88,7 Proz. arbeitslos sind. Gegenüber dem Vorjahr ist allerdings auf das sehr viel langsamere Anwachsen der Arbeitslosenmassen hinzuweisen. Im ganzen sind seit dem tiefsten Punkt, den die Arbeitslosigkeit im Jahre 1932 erreichte und der auf Ende Oktober fiel, die Arbeitslosenzahl bis zum 15. Februar um 938000 angestiegen, während zwischen dem Tiefstand des Jahres 1931, der bereits im Juni erreicht war, und dem 15. Februar 1932 ein Zuwachs in Höhe von 2173000 Arbeitslosen zu verzeichnen war. Die Abflachung der Arbeitslosenkurve gegenüber dem günstigsten Stand der Beschäftigung im Sommer ist zwar kein unmittelbares Zeichen einer in Aussicht stehenden Besserung der Wirtschaftslage, ist aber immerhin bemerkenswert genug, um angeführt zu werden.

Was die Produktions- und Umsatzzahlen anlangt, so gestatten die Mitteilungen über die einzelnen Wirtschaftszweige kein eindeutiges Urteil. Von dem starken Rückgang der Erzeugung in der Eisenindustrie wurde bereits berichtet. Ebenso blieb der Produktionsumfang des Kohlenbergbaus hinter dem Ergebnis des Monats Dezember zurück. Das gilt sowohl für die Steinkohle, deren Januarförderung um 5,2 Proz. gegenüber dem Vormonat zurückging, wie auch für die Braunkohle, wo aus den einzelnen Revieren Rückgänge von 4 bis 11 Proz. berichtet werden. Im deutschen Eisenerzbergbau im Siegerland und im Vahn-Dill-Bezirk waren Förderung und Abzug ziemlich unverändert, so daß hier die Produktionszunahme der letzten Monate gehalten werden konnte. Dagegen ist die Lage im Maschinenbau weiter ungünstig und im Vergleich zum Dezember nach den Mitteilungen des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten erheblich verschlechtert. An dieser Verschlechterung ist sowohl der Rückgang der inländischen wie der ausländischen Auftragsgänge

Streiks und Lohnbewegungen.

Lapezierer.

Frankfurt a. M. Mit dem Möbelsachverband wurde für die Zeit vom 18. 2. 33 bis zum 26. 5. 33 ein neuer Tariflohn mit 0,89 M. abgeschlossen.

Koburg. Bei der Firma Jorchheimer wurden nach einem fünfjährigen Streit Verschlechterungen zum größten Teil abgewehrt.

Kabenau. Die Aussperrung in der Stuhlindustrie dauert an, die Betriebe sind geperlt.

beteiligt, so daß der Beschäftigungsgrad sich von 31 auf 30,7 Proz. senkte.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist in erster Linie von dem erweiterten Vollstreckungsschutz und den neuen Zollerhöhungen zu berichten. Praktisch dehnt die neue Rotverordnung den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz so weit aus, daß er sich von einem Agrarministerium kaum mehr unterscheidet. Die Zwangsvollstreckung gegenüber einem landwirtschaftlichen Schuldner kann jetzt kraft Gesetzes mit wenigen Ausnahmefällen nicht durchgeführt werden. Selbst bei schuldhafter Nichterfüllung von Verbindlichkeiten seitens des Landwirts hat nach der neuen Rotverordnung der Gläubiger kein Recht auf Zwangsvollstreckung. So ist die Lage der landwirtschaftlichen Gläubiger, vor allem aber der kleinen, kreditkräftigen Gemarkungsbetreiber, aber auch vieler ländlicher Sparkassen, äußerst kritisch geworden, so daß das Reich wohl nicht umhin kann, entweder auch diesen Kreisen einen besonderen „Gläubigerschutz“ zu geben oder ihnen die Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erfüllung ihrer eigenen Verbindlichkeiten benötigen. Für die Landwirtschaft selbst ist die schwere Gefahr einer endgültigen Zerstörung des landwirtschaftlichen Kredits in bedrohliche Nähe gerückt, soweit nicht bereits schon jetzt für den Landwirt jede Kreditmöglichkeit verschlossen ist.

Die neuen Zollerhöhungen betreffen vor allem Fleisch, Schmalz und eine Anzahl anderer Nahrungsmittel sowie Holz und Holzwaren. Diese Zollerhöhungen waren möglich geworden, weil infolge der Neuregelung des deutsch-französischen und mit dem Ablauf des deutsch-holländischen und des deutsch-schwedischen Handelsvertrages eine Reihe von Zollbindungen erloschen waren, die bisher einer Erhöhung dieser Zölle entgegenstanden. Für die großen Massen der Bevölkerung wird vor allem der Schmalz Zoll, der dieses wichtige Nahrungsmittel bis zu 20 Pf. je Pfund erteuern wird, eine fühlbare Wirkung haben, aber auch die anderen Zölle, von denen vor allem die Zollerhöhung für Holz von 1 Mf. auf 2,50 je Doppelzentner enorm ist, werden in den Lebenshaltungskosten zur Auswirkung kommen. Ob der Landwirt selbst durch die neuen Zölle geholfen werden kann, ist mehr als zweifelhaft, weil die städtische Bevölkerung, solange ihr Einkommen nicht steigt, keine höheren Preise wird bezahlen können und deshalb zu geringeren Qualitäten abwandern oder weniger kaufen wird. Außer den Zollerhöhungen sind der Landwirtschaft noch weitere Stützungsmaßnahmen versprochen worden. Die angekündigte Getreidemagazinierung zur Steigerung der Getreidepreise ist nicht nur sehr kostspielig, sondern auch in ihren Auswirkungen zweifelhaft, da die aufgammelten Vorräte einen dauernden Preisdruck bedeuten. Auch die angekündigten Beimischungsmängel für Fette (Margarine), für Häute (Leber) und Zellulose (Papier) werden der Landwirtschaft keinen dauernden Nutzen bringen, der gegenwärtig nur aus einer mäßigen Steigerung der Kaufkraft der großen Verbrauchergruppen kommen kann.

Sehr groß ist infolge der vorgenommenen Zollerhöhungen die Gefahr neuer Ausfuhrverluste. Die deutsche Ausfuhr nach den drei Ländern, die von den Zollerhöhungen besonders betroffen wurden, Frankreich, Holland und Schweden, betrug im Jahre 1932 insgesamt 1343 Millionen Mark, also nahezu ein Viertel der gesamten deutschen Ausfuhr. Bereits im Januar ist der Ausfuhrüberschuß auf 23 Millionen Mark zusammengeschrumpft und damit niedriger als in irgendeinem Monat seit zwei Jahren. Die gesamte deutsche Ausfuhr betrug im Januar nur noch 391 M., hat also in einem einzigen Monat um 100 Millionen Mark abgenommen. 88 Millionen Mark des Rückganges entfallen auf Fertigwaren, und zwar auf fast sämtliche Warengruppen dieser Gruppen, vor allem auf Eisen- und Legierwaren, elektrotechnische Erzeugnisse, Chemikalien, Kinderpielzeug und Kupferwaren. Der geringfügigere Einfuhrrückgang des Monats Januar um 65 Millionen Mark kann berechtigte Zweifel darüber entstehen lassen, daß die durch die Zollpolitik herbeigeführten Ausfuhrrückgänge in fast gleichem Maße durch Einfuhrersparnisse ausgeglichen werden könnten. Unsere Einfuhr ist zum größten Teil unentbehrliche Einfuhr von Rohstoffen, die wir selbst überhaupt nicht oder jedenfalls nicht genügend be-

stehen und deren Einfuhr daher keine Konkurrenz für deutsche Arbeit, sondern die Voraussetzung dafür bildet, daß in Deutschland überhaupt Arbeiter beschäftigt werden können.

Wichtig für die Lage auf dem Kapitalmarkt ist der Abschluß eines neuen Stillhalteabkommens mit den ausländischen Gläubigern. Allerdings brachte auch dieses Abkommen keine endgültige, sondern wieder nur eine vorläufige Lösung der Frage der kurzfristigen Auslandsverschuldung Deutschlands. Die wirkliche Lösung wäre die Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Schulden gewesen, was jedoch die Garantieübernahme der Gläubigerstaaten für die dann auszugebenden deutschen Schuldverschreibungen zur Voraussetzung gehabt hätte. — Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank hat in den letzten Wochen keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Die Einbußen, die die Kurse der deutschen Renten- und Aktienpapiere nach dem Eintritt der neuen Regierung erlitten hatten, konnten ein wenig ausgeglichen werden, nachdem seitens der Regierung die Erläuterung abgegeben wurde, daß Währungsversuche nicht gemacht werden und an eine zwangsmäßige Zinshaberhebung nicht gedacht würde. E. R.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Zeitungsverbote. Verboten wurden die Organe des Keramischen Bundes, die Buchbinder-Zeitung und der Jungbuchdrucker.

Gewerkschaftsschule in Bernau besetzt und wieder geräumt. Am 8. März wurde in Bernau die dortige Schule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der auch Kurssteilnehmer aus dem Saargebiet anwesend waren, von SA. besetzt. Durch das Eingreifen des Vizelandes v. Papen ist die besetzte Schule wieder geräumt und dem ADGB übergeben worden.

Niederlage der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation!

Starker Stimmenerfolg der RGO!

Bei der am 2. und 3. März vollzogenen Betriebsrätewahl der Hanburger Straßenbahn und Hochbahn wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Straßenbahn.	
Arbeiterrat: Abgegebene Stimmen insgesamt	4 772
Freie Gewerkschaften	4 319
Nationalsozialisten	158
Kommunisten	189
Sonstige	106
Gegenüber 1931 haben bei dieser Wahl die Kommunisten 30 Proz. Stimmenerfolg. Sämtliche Arbeiterräte fallen den freien Gewerkschaften zu.	
Hochbahn.	
Arbeiterrat: Abgegebene Stimmen insgesamt	1 814
Freie Gewerkschaften	1 152
Nationalsozialisten	160
Kommunisten	416
Sonstige	86
Dynamit u. G. Troisdorf.	
Arbeiterrat: Abgegebene Stimmen insgesamt	1 986
Freie Gewerkschaften	1 249
Christliche Gewerkschaften	309
Kommunisten	189
Nationalsozialisten	199

Rundschau

35prozentiger Rückgang des Treibstoffabzuges. Der Abzug von Treibstoffen ist bei einzelnen der Betriebsfirmen in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres bis zu 40 Proz. rückgängig gewesen. Man schätzt den durchschnittlichen Rückgang des Abzuges an Treibstoffen auf etwa 35 Proz. In diesem Abzugsrückgang spiegeln sich deutlich die Folgen der überpannten Benzinkonventionspreise wider. Besonders groß war der Abzugsrückgang bei den kleinen Benzinimportfirmen, die jedoch in den Konventionsbestimmungen einen Ausgleich finden.

Exportförderung. Vorläufig nur Meißneröhre. Die „Besondere Sattler-, Polsterer-, Tapezierer- und Dekorateur-Zeitung“ teilt mit: „Der Schweizer Verband der Tapezierermeister-Dekorateur hat mit dem österreichischen Tapeziererverband einen Austausch von Meisterlöhnen angebahnt, um die Ausbildungsmöglichkeiten zu vergrößern.“

Rentable Bauernwirtschaften. Die Deutsche Rentenbank-Kredit-Anstalt veröffentlicht eine Untersuchung über den betriebsgrößten Einfluß in der Bauernwirtschaft. Durch dieses Material wird die Tatsache

bestätigt, daß der Anteil des Getreidebaues mit der Größe des Betriebes wächst, während die Viehhaltung am stärksten in den kleinen Betrieben ist. Der Wirtschaftsaufwand, der auch den Lohnanspruch des Bauern enthält, ist am größten in den Kleinbetrieben und sinkt mit der zunehmenden Größe der Betriebe. Auch die Wirtschaftsergebnisse sind in den Betrieben von 5 bis 10 Hektar am größten. Die Verschuldung nimmt mit steigender Betriebsgröße zu. Auch diese Untersuchung bestätigt die Tatsache, daß die unfruchtbar betriebene Bauernwirtschaft rentabel ist. Das unzureichende Element unter der Bauernschaft sind hauptsächlich die verschuldeten Großgrundbesitzer.

Rußland Einfuhr fast zur Hälfte aus Deutschland. Seit dem letzten Jahr markiert Rußland an der Spitze aller wichtigen Ausfuhrländer Deutschlands. Diese große Bedeutung, die Rußland gegenwärtig für den deutschen Abzug hat, wird vielleicht noch augenscheinlicher, wenn wir die deutsche Ausfuhr nach Rußland unter dem Gesichtspunkt der russischen Außenhandelsbilanz betrachten. Dana stellen wir nämlich fest, daß 1932 einbeide die Hälfte sämtlicher Güter, die nach Rußland eingeführt wurden, aus Deutschland stammten. Mit einer Ausfuhr in Höhe von 324 Millionen Rubel deckte Deutschland im Jahre 1932 46 Proz. der russischen Gesamteinfuhr, während im Vorjahr der deutsche Anteil nur 34,2 Proz., 1930 nur 23,7 Proz. und 1929 noch weniger ausgemacht hat. Auf Deutschland folgt England mit einer Ausfuhr in Höhe von 104,7 Millionen = 15 Proz. der russischen Einfuhr. Auf die Vereinigten Staaten entfielen 31,7 Millionen = 4,5 Prozent. Dieser geringfügige Anteil der Vereinigten Staaten fällt um so mehr auf, da noch 1931 die Vereinigten Staaten Waren in Höhe von 229,9 Millionen Rubel nach Rußland ausfuhrten und damit 20,8 Proz. der russischen Gesamteinfuhr befreiten konnten. Gegenwärtig übertrifft sogar die perische Einfuhr nach Rußland mit einem Anteil von 7 Proz. die der Vereinigten Staaten. Der Ferne Osten: Japan, China, Mongolei und Afghanistan, befreiten gegenwärtig bereits 20 Proz. des russischen Einfuhrbedarfs. Angesichts der großen Anstrengungen, die gerade in letzter Zeit verschiedene Länder zum Zweck der Vergrößerung ihrer Ausfuhr nach Rußland machen, steht zu befürchten, daß Deutschland nur schwer seinen Anteil an der russischen Einfuhr wieder halten können.

Bücherchau

Zum 50. Geburtstag von Karl Marx bringt die Büchergilde Gutenberg ein Werk „Marxismus und Geschichte“ von G. V. Plechanow heraus. Das bedeutende Werk wird im Märzheft der Mitteilungszeitschrift „Die Büchergilde“ angezeigt. Im übrigen enthält das Heft einen Aufsatz „Karl Marx und die Arbeiter“ von Karl Renner, Hinweise auf neue Bücher und auf eine neue Werbekampagne der Gilde. Der Heft der Büchergilde Gutenberg enthält ein Willkommenswort von dem Vorstand des Bundes der Arbeitervereine. Unter den Abteilungen des Bundes ist eine schöne Sonderausgabe von Käthe Schollitz erschienen.

Das Reich geschuld werden und Meiden. Erworbene und bewährte Hochleistungsmittel mit abschreckender Spezialeffekte und einer äußerst breiten Anwendung, enthält das Buch „Das Reich geschuld werden und Meiden“ von Dr. med. H. Walter, leitender Arzt der Enkelt für Nerven- und Stoffwechsellinderkrankheiten in Baden-Baden, mit Bildern. Geben erlösen das 35.—44. Tausend im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwälderstr. 44. Preis — 90 M.

„Frühlings-Anfang“ ist das Grundmotiv der Märznummer der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen, kostenlos an den Schatzern der Krankenkassen verteilten Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes.

Besonders zeitgemäß mit Rücksicht auf die Beendigung des Schuljahres ist auch ein Artikel über „Schulgesundheitsfragen bei der Berufsmahl“. Damit im Zusammenhang steht ein Aufsatz über „Die Reizeit des Kindes“. Im übrigen seien aus dem reichhaltigen Inhalt noch folgende Themen erwähnt: „Was ist ungesund, was ist sättigend?“, „Ist das Einjährige schon tuberkulös?“, „Epidemische Kinderlähmung“. Eine wichtige Frage des Krankenversicherungswesens behandelt der Aufsatz über „Beitragszahlung im Krankheitsfall“.

Das Wort der Männer. Die Büchergilde Gutenberg, Berlin, die bereits 27 Bände von Jack London in einer vorzüglichen Uebersetzung und schönen Ausstattung herausgebracht hat, hat jetzt den 28. Band dieses Autors folgen: „Das Wort der Männer“, in einem gebundenen 270 M. Der Band enthält Erzählungen aus Alaska, eine Auswahl aus vier bisher in Deutschland unbekanntem Erzählungsbänden von Jack London.

Ein Buch mit über zwei Millionen Auflage bringt die Büchergilde Gutenberg jetzt für ihre Mitglieder heraus: den Roman „Die Scholle“ von Irene Hasto Hönke, reich illustriert von Jost Meißner. Das schon ausgelassene und im letzten gebundene Werk wird zum Bezugspreis von 1,80 M. abgegeben. Jedes Mitglied kann mehrere Exemplare zum Bezugspreis beziehen, eine Veranschlagung, die schon deshalb sehr begrüßt werden wird, weil sich das Buch infolge seines Inhalts und seiner Ausstattung auf zu weichen Boden eignet.

Peter Grafmann: „Rampf des Marxismus!“ Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin SW 19, Julestr. 6a. Organisationspreis 10 M. Bei einem Führertag der Offenen Front am 12. Februar 1933 in Berlin hat Peter Grafmann ein Referat gehalten, das begeistert aufgenommen wurde. Grafmann gibt ein klares Bild der heutigen politischen und gewerkschaftlichen Situation, zeigt die Schwächen unserer Gegner und arbeitet Ziel und Weg der Arbeiterbewegung für die nächste Zeit klar heraus. Die Proklamation verdient weiteste Verbreitung, sie wird großen Massen Klarheit und Sicherheit für die kommende große Entscheidung geben.